

Erez Israel oder Israel und Palästina?

Gegenseitige Wahrnehmungsdefizite der Konfliktparteien

Von R. Glückmann*

Die gegenwärtige Intifada hat die israelisch-palästinensischen Beziehungen auf einen Tiefpunkt sinken lassen. Die Aussichten für ernsthafte Friedensgespräche sind zurzeit noch ungewiss. Der Konflikt wurde von jeher nicht zuletzt durch mentale und psychologische Faktoren geprägt. Dazu gehören die Wahrnehmungen, die jede Partei von den Motivationen und Ansprüchen des Gegners hat.

Steht der Palästinakonflikt vor einer historischen Wende? Beginnt eine neue Phase ernst zu nehmender Verhandlungen? Wie sind die Erfolgsaussichten von Friedensgesprächen zu beurteilen? Das sind zurzeit noch offene Fragen, auf die es kaum sinnvoll prognostizierbare Antworten gibt, doch sind erneut Hoffnungen geweckt, wengleich vermischt mit Skepsis.

Verdrängte Realitäten

Ein Neubeginn kann nur dann Erfolg versprechen, wenn aus Fehlern der Vergangenheit gelernt wird, um nicht zu wiederholen, was Yigal Allon schon beim Abschluss des Unabhängigkeitskrieges sagte: «We have won the war, but lost the peace» (Zitat aus seinem Buch «Shield of David», Jerusalem 1970). Die Vergangenheit müsste also möglichst ungeschminkt zur Kenntnis genommen und nicht aus der Sichtweise nur einer der beteiligten Parteien interpretiert werden. Folglich sind manche Vorstellungen über den Gegner zu revidieren und Feindbilder zu korrigieren. Denn aufgrund solcher Vorstellungen und Feindbilder wurde das Verhalten der Parteien zueinander determiniert. Die folgenden Ausführungen konzentrieren sich allerdings schwergewichtig auf ausgewählte Aspekte des Verhaltens von Israel, und zwar nicht allein wegen seiner errungenen dominierenden Machtposition, sondern primär weil der Konflikt kausal durch dessen Existenz und die vorangegangene jüdische Kolonisierung in Palästina ausgelöst worden ist.

Unter den mentalen und psychologischen Bestimmungsfaktoren, die dem Konflikt praktisch seit Aufkommen des Zionismus ihren Stempel aufdrücken, dürfte die Art und Weise, wie die jeweils gegnerischen Standpunkte wahrgenommen werden, die Hauptrolle spielen. Auffallend ist dabei, dass die Motivationen und Ansprüche des Widersachers, somit auch dessen Selbstverständnis, als grundsätzlich irrelevant betrachtet und somit ignoriert werden. Eine solche Geisteshaltung, die Realitäten verdrängen will, sei als Wahrnehmungsdefizit bezeichnet.

Solche Wahrnehmungsdefizite beobachten wir auf beiden Seiten insbesondere hinsichtlich der Hoheitsansprüche auf das ehemalige Mandatsgebiet Palästina. Aus arabischer Sicht allgemein (nicht nur der palästinensischen) erschienen historische sowie andere jüdische Begründungen für die Wiederbesiedlung Palästinas als völlig belanglos. Die Araber können auch nicht einsehen, weshalb sie nach dem Zweiten Weltkrieg für begangene Verbrechen der Nazis und ihrer Verbündeten Sühne zu leisten hätten. Folglich galt die jüdische Einwanderung als das Eindringen von Kolonisatoren, deren Zunahme mit allen Mitteln verhindert werden sollte.

Für die Juden ihrerseits war entscheidend, dass der arabischen Bevölkerungsmehrheit in Palästina nach dem Ersten Weltkrieg durch den Völkerbund weder ein automatisches Selbstbestimmungsrecht noch ein ausschliesslicher Hoheits-

anspruch auf das Land zugestanden wurde. Da niemals in der Geschichte ein selbständiger Staat der Palästinenser existierte, liesse sich daraus ableiten, dass der Zionismus ein nationales Recht von ihnen gar nicht verletzen konnte.

Die Erkenntnisse von Jabotinsky

Unter den frühen Zionistenführern war es paradoxerweise der Gründer der nationalistischen revisionistischen Bewegung, Zeev Vladimir Jabotinsky (1880–1940), dessen Ansichten über den antizipierbaren Widerstand der (palästinensischen) Araber wohl die zutreffendsten sind, da ihnen kein Wunschdenken zugrunde liegt. Als überaus intelligente und gebildete Persönlichkeit begriff er sehr genau, dass das Recht der Juden auf Rückkehr in ihre antike Heimat nicht ohne Zusammenprall mit dem Recht der dort lebenden und das Land ebenfalls als ihre Heimat betrachtenden Einwohner zu verwirklichen sei. Dank seinem Scharfsinn hatte er keine über die Wirklichkeit hinwegtäuschenden Illusionen, litt also nicht an Wahrnehmungsdefiziten. Im Falle ihres aktiven Widerstandes würde er die Palästinenser als legitime Feinde anerkennen, da er die Motivation für ihre Ansprüche nicht verwarf. Der arabische Widerstand wird somit verallgemeinert als normale Reaktion einer jeden Volksgemeinschaft in vergleichbarer Situation aufgefasst und impliziert also, dass auch die Juden in ähnlicher Lage nicht anders handeln würden. In der Tat ist die Gewichtung der Ansprüche beider Parteien, von denen jede für sich hinreichende Rechtfertigungsgründe kennt, ein nach juristischen und moralischen Kriterien praktisch ungelöstes Problem geblieben.

Jabotinsky publizierte seine Thesen 1923 in zwei Aufsätzen, der erste betitelt «On the Iron Wall (We and the Arabs)», der zweite «The Morality of the Iron Wall». Der in ihnen enthaltene Grundgedanke besagt, dass die jüdische Besiedlung nur erfolgreich sein kann, wenn sie wie von einer eisernen Mauer geschützt wird, die die einheimische Bevölkerung nicht niederzureissen imstande wäre. Dieser Mauer werde aber schliesslich die friedliche Koexistenz von Juden und Arabern in Palästina zu verdanken sein.

Der zu den «neuen» israelischen Historikern zählende Avi Shlaim, Professor für internationale Beziehungen an der University of Oxford, bediente sich dieser Aufsätze für Titel und Leitmotiv seines im Jahre 2000, kurz vor Ausbruch der zweiten Intifada, erschienenen Buches «The Iron Wall: Israel and the Arab World». Darin setzt er sich sehr kritisch mit der Politik Israels gegenüber den Arabern generell auseinander, vorwiegend gestützt auf offizielle und andere israelische Quellen. Shlaim behauptet, dass sich praktisch alle wichtigen zionistischen Parteien den Grundgedanken von Jabotinsky über die uneinnehmbare «eiserne Mauer» explizit oder implizit zu eigen machten, hingegen seine andere prinzipielle Erkenntnis – dass die palästinensischen Araber eine spezifische nationale Entität bildeten – igno-

riert oder gar negiert hätten.

Israels Politik der «eisernen Mauer»

Wir wissen nicht, welchen Verlauf die Geschichte genommen hätte, falls reguläre Truppenverbände arabischer Nachbarstaaten unmittelbar nach Abzug der Briten aus Palästina am 15. Mai 1948 nicht einmarschiert wären. Aber dieser voraussehbar gewesene Einmarsch, der aus dem Palästina-einen Nahostkonflikt machte, war der entscheidende Punkt für die ganze seitherige Entwicklung. Die Palästinenser erlitten die verheerendsten Folgen des Krieges (Flüchtlingsproblem, weitgehende Zerstörung ihrer ehemaligen Wohngebiete, Ausscheiden als kämpfende Partei auch in den späteren Nahostkriegen usw.), wesentlich bedingt durch die misslungene Invasion der Nachbarländer, während sich ihre Rolle in den folgenden 20 Jahren für Israel marginalisierte. Die «eiserne Mauer» musste nunmehr gegen aussen verlegt werden, und trotz seinem Sieg im Suez-Krieg von 1956 blieb das Image vom kleinen David, der sich gegen den übermächtigen Goliath zu wehren hatte, erhalten, ebenso die «Festungsmentalität», die auf der Überzeugung beruhte, dass einzig eine Politik der Stärke Überlebenschancen habe. Auf der politischen Ebene traten Fragen der Machtbalance gegenüber der arabischen Welt in den Vordergrund.

Mit dem fulminanten Sieg Israels im Juni 1967, in einem Krieg, der gemäss dem 2002 erschienenen Buch von Michael Oren, «Six Days of War», eigentlich von keiner Seite wirklich gewollt war, konnte der Umzingelungsring aller Feinde, die Israel vernichten wollten, durchbrochen werden. Dadurch verwandelte sich die Situation im Nahen Osten schlagartig: Der kleine David wurde selber zum gefürchteten Goliath. Zugleich wurde Israel aber mit dem Problem eines im Verhältnis zur jüdischen Bevölkerung stark zunehmenden Anteils der arabischen Bevölkerung konfrontiert, das es am wenigsten zu meistern verstand. Aus der Negierung einer nationalen Identität der Palästinenser (ein zweckdienliches Wahrnehmungsdefizit, auch um von einer internen Diskussion über die Abtretung der eroberten Territorien abzulenken) und der ihnen in den besetzten Gebieten aus demographischen Gründen verweigerten Integrierung als Staatsbürger resultierte ein auf Dauer unhaltbarer Schwebezustand. Weil Friedensabkommen mit den vorherigen Hoheitsmächten der palästinensischen Gebiete (Ägypten und Jordanien) ausblieben, betrachtete Israel diese Territorien gewissermassen als politisches Niemandsland oder sogar als legitimes Objekt jüdischer Ansprüche und sah sich infolgedessen berechtigt, dort bereits bald nach dem Krieg Militärstützpunkte und Siedlungen zu errichten. Das ihnen zugeordnete Attribut «besetzt» akzeptierte Israel nie (bestenfalls «umstritten»).

Das wahre Problem hat jedoch wenig mit Semantik zu tun. Der Ministerpräsident zur Zeit des Sechstagekrieges, Levi Eshkol, war sich dessen offenbar bewusst. So erwiderte er auf die Frage «Was machen wir jetzt mit einer Million Arabern?» seiner späteren Amtsnachfolgerin Golda Meir: «Dir gefällt die Mitgift (also die Territorien), doch nicht die Braut (die Bevölkerung).» Angesichts der seitherigen Entwicklung könnte der Satz logischerweise auch umgekehrt lauten: «Gefällt dir die Braut nicht, dann musst du auf die Mitgift verzichten.» Wie immer diese Gebiete also benannt werden, deren Bevölkerung lebte jedenfalls unter einem Besatzungsregime, das unanfällig darauf bedacht war, jegliche Regung nach einem unabhängigen Staat im Keime zu ersticken, wobei viele Massnahmen den Alltag der

palästinensischen Bewohner auch in «normalen» Zeiten stark belasteten.

Die inzwischen weltweit einsetzenden Terroranschläge der PLO mit dem erklärten Ziel, das zionistische Staatswesen zu vernichten, machten zwar begreiflich, dass Israel einen von der PLO dominierten Pufferstaat zwischen sich und Jordanien nicht dulden wollte, doch war damit kein Lösungsansatz für einen befriedigenden Status der palästinensischen Bevölkerung verbunden. Daher kann nicht erstaunen, dass es in ihren Reihen immer mehr zu brodeln begann. Der unlängst verstorbene ehemalige Aussenminister Abba Eban schilderte in der «New York Times» im November 1986 die desolote Situation der Palästinenser und zog daraus eine zwangsläufige Schlussfolgerung: «It is a bleak, tense, disgruntled, and repressed existence, with spurts of violence always ready to explode. There is no precedent for believing that this condition can long endure without explosion.» Rund ein Jahr später brach die erste Intifada aus.

Da Sicherheitsrisiken im Sinne einer effektiven Gefährdung der Existenz Israels nur von einer überlegenen feindlichen Militärmacht ausgehen könnten – und auf lange Sicht hinaus wird sich wohl kein arabischer Staat auf ein kriegerisches Abenteuer mit Israel mehr einlassen –, dürften Vorbehalte gegenüber territorialen Konzessionen an die Palästinenser eher ideologisch als rein sicherheitspolitisch motiviert sein. Die Zweistaatenlösung baut auf der Erwartung einer friedlichen Koexistenz; es läge in diesem Falle erfahrungsgemäss im Interesse des schwächeren Partners, das Menschenmögliche zu tun, um Terroranschläge gegen den Nachbarn zu verhindern.

Das moralische Dilemma des Anti-Terrors

Ein ideologisch motivierter Souveränitätsanspruch auf ganz Erez Israel (in den Grenzen des ehemaligen Mandatsgebiets Palästina) lag seit Ende der achtziger Jahre den Friedenskonzepten der verschiedenen israelischen Regierungen praktisch zugrunde, indem die Formel «Land gegen Frieden» kategorisch abgelehnt und stattdessen auf «Frieden gegen Frieden» beharrt wurde – ausgenommen während des kurzlebigen, von den Extremisten beider Seiten zu Fall gebrachten Oslo-Prozesses. Dessen Scheitern markierte denn auch die schwerwiegendste Folge der Wahrnehmungsdefizite, und der Ausbruch der viel heftigeren zweiten Intifada als Reaktion auf Frustration und Verzweiflung war nur noch eine Frage der Zeit. Abba Eban's Mahnworte büsst nichts von ihrer Gültigkeit ein.

Die massiven Vergeltungsschläge und Kollektivstrafen – die nicht durchwegs als taugliche Mittel zur Terrorismusbekämpfung überzeugen – stellen ein moralisches Problem dar. Israels Politik im Kampf gegen die terroristischen Bedrohungen hat weitherum Kritik hervorgerufen. Darin widerspiegelt sich oft ein ehrliches Empfinden angesichts des verübten Unrechts gegenüber einer Zivilbevölkerung durch Staatsorgane einer Demokratie. Unter den Kritikern sind die Stimmen mancher israelischer Publizisten sowie von Holocaust-Überlebenden – wie beispielsweise Henry Siegman, dem Senior Fellow at the Council on Foreign Relations in den USA – besonders hervorzuheben.

Hinsichtlich der im Kampf gegen terroristische Extremisten dokumentierten Menschenrechtsverletzungen, an denen es nichts zu beschönigen gibt, sei auch daran erinnert, dass die Menschenrechtskonvention der Uno nicht zuletzt vor dem Hintergrund des Holocaust abgefasst worden ist. Den Juden als gebrannten Kindern der Geschichte muss viel daran liegen, dass die dem Menschen und seiner Würde zugestandenen

Rechte universale Anwendung finden. Daher spielen auch die Menschenrechte der Palästinenser eine eminent moralische Frage, die es zu respektieren gilt, unabhängig davon, ob die «umstrittenen» Territorien nun juristisch als «besetzt» definiert werden oder nicht.

In den jüngst eingeleiteten Bemühungen um eine Beilegung des Konflikts wird die Zweistaatenlösung erstmals explizit bereits vorweggenommen. Im Vergleich zu anderen denkbaren Optionen scheint sie tatsächlich für beide Völker auch im Hinblick auf ihre gegenseitigen Beziehungen langfristig die günstigsten Bedingungen zu gewährleisten. Voraussetzung für eine dauerhafte Akzeptanz durch die Gegenpartei werden allerdings unumgängliche Verzichtleistungen sein, so etwa die Aufgabe von ideologisch begründeten Territorialansprüchen durch Israel (mit Ausnahme eines Teils der Altstadt von Jerusalem) oder die vom palästinensischen Staat «Filastin» in spe geforderte politische Einsicht, das absolute Rückkehrrecht für alle Flüchtlinge fallen zu lassen oder zumindest zu modifizieren.

Die auf den ersten Blick für beide Seiten schmerzhaften Konzessionen würden durch die langfristig wohltuenden Folgen mehr als kompensiert, denn es gäbe wie das Remis im Schachspiel einen vorteilhaften Ausgleich für beide Parteien. Jedenfalls wäre keine Seite Verliererin. Voraussetzung für eine faire und pragmatische Verhandlungslösung in diesem Sinne ist allerdings ein breites Umdenken in den Reihen beider Konfliktparteien bezüglich der gegenseitig sich disqualifizierenden Wahrnehmungsdefizite.

* Der Autor ist wohnhaft in der Schweiz. Er wuchs in der Region von Tel Aviv auf.